

Medienmitteilung / Communiqué

Parteiversammlung:

FDP gegen Subventionierung des SVP-Familienmodells!

Die FDP.Die Liberalen Zug fassten an der Parteiversammlung vom Donnerstag die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November. Dabei lehnten sie sowohl die SVP-Familieninitiative, wie die Vignettenpreiserhöhung ab. Das Nein zur 1:12-Initiative der Juso wurde bereits an der Parteiversammlung Ende August einstimmig beschlossen.

Auf nationaler Ebene hat die FDP die Führung der Kampagne gegen die scheinheilige Familieninitiative der SVP übernommen. So vertrat denn auch der Generalsekretär der FDP.Die Liberalen Schweiz, Stefan Brupbacher, die Position gegen die finanz- und steuerpolitisch unsinnige Initiative: „Die SVP-Initiative macht die Bemühungen für eine gerechte Steuerpolitik und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunichte.“ Kantonalpräsident Jürg Strub ergänzte: „Um zu verhindern, dass bei Familien, bei denen beide Elternteile arbeiten müssen, das Zweiteinkommen sich in Steuern und Betreuungskosten auflöst, wurde auch im Kanton Zug der Fremdbetreuungsabzug eingeführt. Die vorliegende Initiative führt erneut zur Ungleichbehandlung von Familien. Zudem widerspricht sie dem Bundesverfassungsgrundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.“ Die Versammlung war sich einig, dass Frauen (und Männer) mit Kindern die Möglichkeit erleichtert werden soll, weiter ihren Beruf auszuüben. Gerade mit diesen, meist gut Ausgebildeten, kann auch die heute notwendige Zuwanderung von Fachspezialisten verringert werden. Zudem soll die Steuerhoheit der Kantone in einem föderalistischen Staat nicht durch Harmonisierungsbestrebungen des Bundes untergraben werden. In der Schlussabstimmung lehnten die Anwesenden mit nur wenigen Gegenstimmen die SVP-Initiative deutlich ab.

Ständerat Peter Bieri und Peter Götschi Zentralpräsident des TCS Schweiz vertraten die Befürworter und Gegner einer Vignetten-Preiserhöhung. Die Argumente von Peter Götschi überzeugten schliesslich die Versammlung. So konnte der TCS-Präsident aufzeigen, dass mit den bisher in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr fliessenden Geldern aus Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag und bestehender Vignette inzwischen eine Reserve von fast CHF 4 Milliarden aufgebaut werden konnte. Die Parteimitglieder waren sich einig, dass eine vorausschauende Sicherung der Mittel für zukünftige Aufgaben besser über einen Verkehrsinfrastrukturfond ermöglicht werden soll. Dies ähnlich wie bei FABI, dem Bahninfrastrukturfond über den wir im Februar nächsten Jahres abstimmen werden. Präsident Jürg Strub sprach sich für die Vorlage aus: „Die starke Zunahme des Individualverkehrs erfordert einen zügigen Ausbau der Strasseninfrastruktur.“ Die Vorlage beinhaltet zwar eine Steuererhöhung, doch die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Strassenverkehrs sei immanent

wichtig für Land, Bevölkerung und Wirtschaft. Die Versammlung folgte den Argumenten von Peter Göttschi und stimmte knapp Nein zur Preiserhöhung der Autobahnvignette. Mitentscheidend war dabei sicher auch die Drohung der CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, dass bei einem Nein die Mineralölsteuer erhöht werde.

Die Nein-Parole zur unsinnigen, wirtschaftsfeindlichen und gefährlichen 1:12 - Initiative der Juso wurde bereits an der Parteiversammlung vom 27. August einstimmig gefasst.

Jürg Strub
Präsident FDP.Die Liberalen Zug

01. November 2013

Kontakt:
Jürg Strub, Präsident FDP Zug, Mobile 079 693 95 16
Andreas Heizmann, Kommunikationschef FDP Zug, Mobile 078 614 33 66